

Braune Demokraten?

Historiker erforschen die NS-Vergangenheit der Mitarbeiter in den Innenministerien in Ost und West nach dem Krieg – und die Folgen für die Politik.

Im Oktober 2010 entfachte die Studie „Das Amt“ hitzige Debatten. Das Buch einer unabhängigen Historikerkommission über die Geschichte des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit und der Bundesrepublik wurde kontrovers diskutiert hinsichtlich der Qualität der Forschung und ihrer Deutung. Manche sahen es nun als erwiesen an, dass das Außenministerium seine selbstgestrickte Legende vom Hort des Widerstands aufgeben müsse. Kritiker sprachen von einem skandalösen und tendenziösen Buch, das das Ministerium pauschal diffamiere. Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Kontroverse ließen nun auch andere Bundesminis-

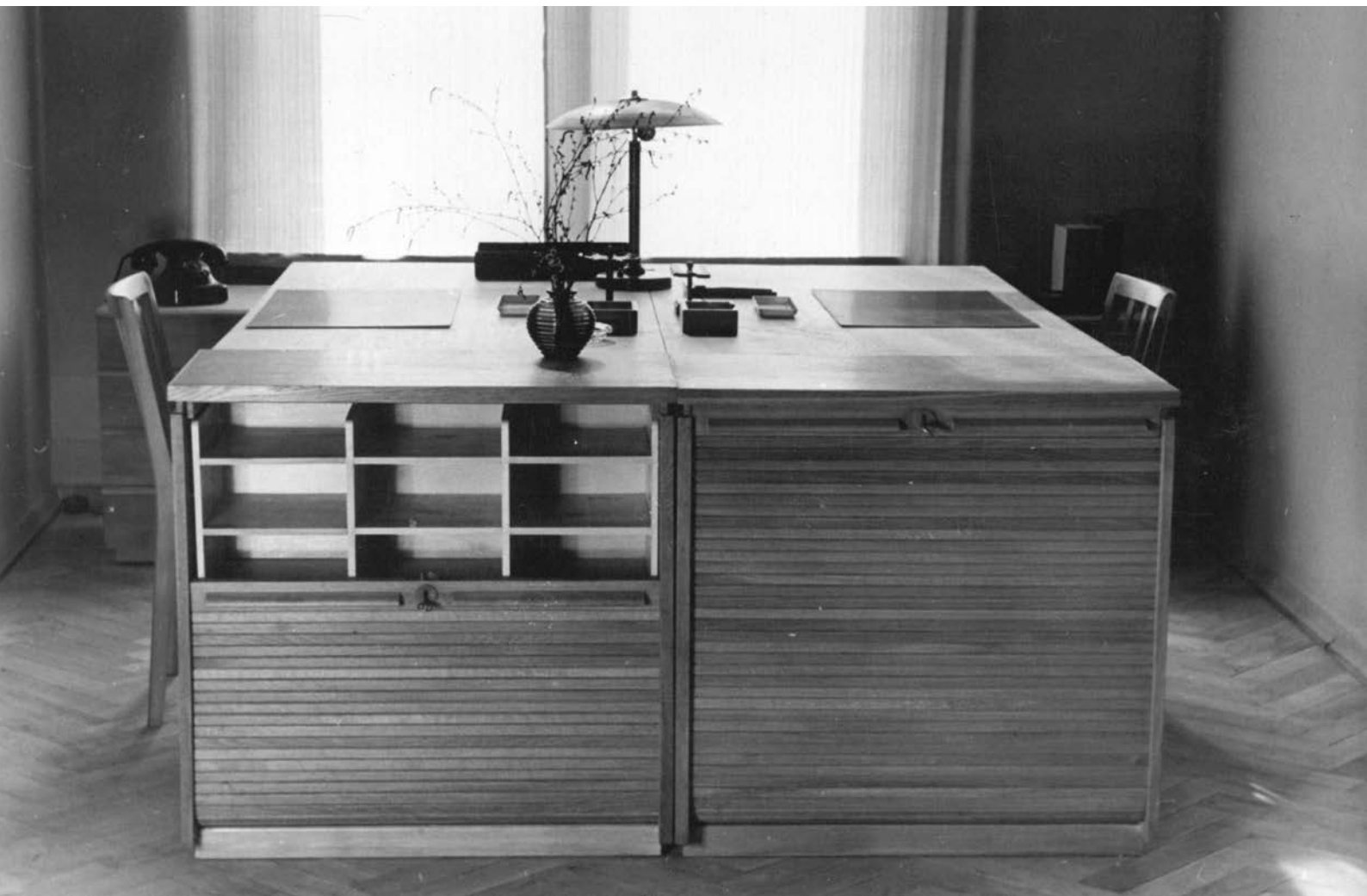
terien und -behörden ihre Geschichte vor und nach 1945 untersuchen – und öffneten dafür auch bislang nicht zugängliche Archivreihen. Die beiden zeitgeschichtlichen Leibniz-Institute, das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) München-Berlin, widmeten sich dabei dem besonders wichtigen Innenministerium.

Historisches Neuland

Mit dem Projekt betraten die Forscher Neuland. Denn zum ersten Mal betrachteten sie um-

fassend die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, indem sie nicht nur die Kontinuitäten im Bonner Bundesinnenministerium (BMI), sondern auch im Ministerium des Inneren der DDR (Mdi) untersuchten. Zudem möchten die Historiker mehr als nur die Zahl der Ministeriumsmitarbeiter ermitteln, die Mitglieder von NS-Organisationen waren. „Viel interessanter und letztlich zentral ist die Frage danach, welche Konsequenzen solche formalen NS-Belastungen auf die Sachpolitik der Ministerien hatten“, erläutert ZZF-Direktor Frank Bösch, neben Andreas Wirsching vom IfZ einer der beiden Projektleiter.

Sachbearbeiterzimmer im Ministerium des Innern der DDR (1950).



Da sich solche weitergehenden Fragestellungen nicht ohne harte Fakten beantworten lassen, starteten ZZF und IFZ ihre Untersuchung mit einer entsprechenden Analyse. Dazu schauten sie sich die Biografien von mehr als 1.100 leitenden Mitarbeitern der beiden Innenministerien vom Referatsleiter aufwärts an. Hierbei zeigte sich, dass der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder erstaunlich hoch war: 1950 lag er im Bundesinnenministerium bei 50 Prozent, stieg dann sogar Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre auf 66 Prozent an, bevor er bis 1970 wieder auf das Ausgangsniveau sank. Auch bei den ehemaligen SA-Mitgliedern zeigt sich ein ähnliches Bild: 17 Prozent im Jahr 1950, dann 45 Prozent 1961 und immer noch 25 Prozent im Jahr 1970. Das BMI nimmt damit einen Spitzenplatz unter den bisher untersuchten Bundesministerien ein. Aber auch im Ost-Berliner Innenministerium waren die personellen Kontinuitäten größer als bisher vermutet: 14 Prozent der leitenden Mdi-Mitarbeiter hatten eine NSDAP-Vergangenheit. „Dennoch war der Bruch mit der NS-Vergangenheit in Ost-Berlin deutlich größer als im BMI“, resümiert die Projektmitarbeiterin Franziska Kuschel. „Das Mdi rekrutierte zwar Mitläufer und Belastete, in der Regel jedoch nicht aus der Elite des ‚Dritten Reiches‘, sondern aus der Arbeiter- und unteren Mittelschicht oder jüngere Menschen. Eine Sachkontinuität von Staatsapparat zu Staatsapparat konnte es deshalb kaum geben.“

Viele NS-Mitglieder in Ost und West

Neben dieser statistischen Auswertung untersucht das Projekt vertieft ausgewählte Lebensläufe. Sie zeigen mitunter ein frühes Engagement für den Nationalsozialismus. So trat Erwin Gehrhardt bereits 1924 im Alter von 16 Jahren in die NSDAP und die SA ein. Er gründete die NSDAP-Ortsgruppe Münden mit und brachte es in ihrer paramilitärischen Kampforganisation bis zum Scharführer (Unteroffizier). Sein Engagement im Bund Nati-

onalsozialistischer Deutscher Juristen, die Mitarbeit beim Göttinger „Kampfblatt“ der NSDAP und Auftritte als Redner bei Parteiveranstaltungen, lassen auf einen überzeugten Nationalsozialisten schließen. 1955 trat dieser Erwin Gerhardt in das Bundesinnenministerium ein, wo er 1959 zum Leiter der Pressestelle befördert wurde und damit das Ministerium repräsentierte, das für die innere Sicherheit der Bundesrepublik zuständig war.

Bruch oder Kontinuität?

Ob es aber Kontinuitäten auf der Ebene der Mentalität bis hin zur Verwaltungspraxis im weiteren Sinne gab, ist eine der Fragen, die das Projekt jetzt nach dem Abschluss der Vorstudie in der Hauptuntersuchung ergründen will. Es scheint tatsächlich langfristige Denktraditionen gegeben zu haben, die sogar den Nationalsozialismus gewissermaßen überbrückten und teilweise bis ins Deutsche Kaiserreich zurückreichten. „Erste Ergebnisse legen dies nahe, aber aufgrund der Fokussierung auf den Nationalsozialismus sind solche Kontinuitäten bislang kaum in den Blick geraten“, sagt Frank Bösch. So deutet sich etwa an, dass viele Beamte des BMI ein in der Kaiserzeit wurzelndes traditionelles Selbstverständnis des unpolitischen und obrigkeitlich orientierten Verwaltungsexperten tradierten. Dieses Selbstverständnis führte aber Bösch zufolge schon in der Weimarer Republik zu einer zunehmenden Distanz zur parlamentarischen Demokratie und in der Folge zu einer Affinität vieler Beamter zum NS-Regime.

Warum aber, fragt man sich, konnte sich die Bundesrepublik trotz der hohen personellen Kontinuität zu einer stabilen Demokratie entwickeln? Auch hierauf erhoffen sich die Historiker eine Antwort. Frank Bösch vermutet, dass sich viele der ursprünglich NS-treuen Beamten mit der Zeit mit der freiheitlichen Verfassungsordnung arrangierten, weil der Wirtschaftsaufschwung die Akzeptanz förderte und sich die neue Ordnung unter der Aufsicht

der Westmächte rasch als stabil erwies.

Die ehemaligen NS-Beamten akzeptieren wohl aber auch deshalb Demokratie und Rechtsstaat, weil sie die Republik in der Ministerialbürokratie in ihrem Sinne mitgestalten konnten – und ihr dabei einen konservativen Anstrich gaben. Oder anders ausgedrückt: Die Demokratie wurde stabil, weil diese Beamten integriert wurden. Aber die Stabilität, die dadurch gewährleistet wurde, basierte zunächst auf einer Grundhaltung, die in der Demokratie nur eine formale Staatsform und nicht eine „Lebensform“ sah.

Bock zum Gärtner gemacht

Die vergleichsweise hohe Zahl von ehemaligen NS-Beamten in beiden Innenministerien ist vor allem deshalb bemerkenswert, da es die Ministerien waren, die den Staatsaufbau organisieren, ihn gegen innere Feinde schützen und nach außen vertreten sollten. Besonders im Fall der Bundesrepublik, wo noch heikle Fragen wie die der Wiedergutmachung oder des Umgangs mit Migranten hinzukamen, wirkt es bisweilen schon so, als sei hier der Bock zum Gärtner gemacht worden, räumt Frank Bösch ein. Einzelne besonders sensible Referate wurden daher gezielt mit verfolgten Beamten besetzt.

Die Auswirkungen der personellen NS-Kontinuitäten auf die Sachpolitik werden die Historiker aus München, Berlin und Potsdam in den nächsten zweieinhalb Jahren untersuchen. „Eine einfache Frage, die methodisch alles andere als leicht zu beantworten ist“, sagt Frank Bösch nicht ohne Vorfremde. Denn in einigen hundert Metern an Sachakten von BMI und Mdi steckt sicher noch so manche Überraschung. Und auch dann gibt es noch Forschungsbedarf: „Selbst, wenn es nicht unbedingt darum geht, alle Behörden für sich einzeln aufzuarbeiten, sind doch wichtige Einrichtungen noch nicht untersucht worden: der Bundesgerichtshof, der Bundestag oder das Bundeskanzleramt.“

CHRISTOPH HERBERT-VON LOEPER